"In der Sozialhilfe leben alle gut : ausser die Klienten"

Autor(en): **Schulthess, Christoph / Meier, Karin**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **107 (2010)**

Heft 2

PDF erstellt am: **19.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-839560

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

«Mein Krankenkassendossier wurde automatisch vom Sozialamt übernommen. Ich wurde nie gefragt.» Bilder: Christine Bärlocher

«In der Sozialhilfe leben alle gut – ausser die Klienten»

Christoph Schulthess wehrt sich mit seiner Liberalsozialen Partei gegen die Bevormundung der Sozialhilfebeziehenden. Seine Kritik richtet sich auch gegen Strukturen, in denen den Bezügerinnen und Bezügern immer weniger Geld zur Verfügung steht, während in der Sozialen Arbeit Beschäftigte von attraktiven Arbeitsbedingungen profitieren.

Herr Schulthess, weshalb haben Sie die Liberalsoziale Partei gegründet?

Ursprünglich habe ich sie im Knast zur Bildung einer Knackigewerkschaft gegründet. Die schweizweite Gründung erfolgte im November 2009 wegen der Hanfliberalisierung, nachdem 2008 die Hanfinitiative Schiffbruch erlitten hatte. Mir war klar, dass die grossen Parteien das Thema nicht mehr aufgreifen würden. Unsere Partei setzt sich für die Liberalisierung des Hanfanbaus ein, wobei Ernte und Verpackung durch Sozialhilfebezüger gemacht und staatlich überwacht werden sollen. Ist Kiffen einfacher möglich, könnte dies das Bedürfnis nach Heroin senken.

Ihr Vater war Kantonalpräsident des Landesrings der Unabhängigen. Wie viel politische Erfahrung haben Sie von ihm mitbekommen?

Mein Vater war Jurist und hat mir klargemacht, dass wir in einem Rechtsstaat leben und niemand unschuldig ins Gefängnis kommt. Staatskundeunterricht erhielt ich also ganz nebenbei zu Hause. Als Kinder haben wir unseren Vater von Parteisitzungen abgeholt und Stadträte kennen gelernt. Wir hatten bei uns auch ab und zu einen Regierungsrat zu Gast beim Abendessen. Diese Art des Aufwachsens hat mir die Berührungsangst mit hohen Tieren genommen. Deshalb hatte ich auch keine Bedenken, zu rekurrieren, als mir die Justizdirektion vor 20 Jahren meine bedingte Entlassung streichen wollte – übrigens mit Erfolg. Dass ich meine Haftentlassung beim Gesamtregierungsrat durchboxen konnte, zähle ich nebst meinen Lehrabschlüssen und der abgeschlossenen kantonalen Feuerwehr-RS zu meinen grössten persönlichen Erfolgen.

Was kostet die Parteimitgliedschaft?

30 Franken. Damit können wir unsere Administration finanzieren. Unsere Mitglieder müssen sich den Be-

trag von ihren knappen finanziellen Mitteln absparen. Das zeigt, dass ihnen Eigenverantwortung etwas wert ist.

Wie viele Parteimitglieder zählen Sie heute?

Mittlerweile sind es rund 50 Personen. Den grössten Zulauf erhalten wir von Bewohnerinnen und Bewohnern des Begleiteten Wohnens (BeWo) aus Zürich.

Weshalb sprechen Sie gerade diese Gruppe an?

Die Stadt Zürich verrechnet für Wohnungen im Rahmen des Begleiteten Wohnens neu auch die Kosten für die Betreuung. Damit haben sich die Mietpreise mehr als verdoppelt. Im Sozialhilfegesetz des Kantons Zürich heisst es jedoch, dass Betreuung in Form persönlicher Hilfe erfolgt, und zwar unentgeltlich und freiwillig. Die Stadt Zürich will dieses Gesetz umgehen, indem sie Begleitetes Wohnen zu Heimen erklärt. Ich habe nun eine Sammelfeststellungsklage beim Mietgericht und eine Aufsichtsbeschwerde beim Bezirksrat eingereicht, weil dies meiner Meinung nach unzulässig ist. Auch bei den Notwohnungen soll neuerdings ein kostenpflichtiges Betreuungsobligatorium eingeführt werden.

Wofür setzt sich die Liberalsoziale Partei sonst noch ein?

Wir wollen das Image der Sozialhilfebeziehenden als faule Schmarotzer aufpolieren und machen uns für einen liberalen Sozialstaat stark, in dem Sozialhilfebezügern möglichst viel Autonomie zugestanden wird. Viel zu viel wird über die Köpfe der Bezüger von Sozialhilfe, IV und Ergänzungsleistungen hinweg entschieden.

Zum Beispiel?

Mein Krankenkassendossier wurde automatisch und ungefragt vom Sozialamt übernommen, was ich als Bevormundung empfinde: Ich wurde nie gefragt, ob das Sozialamt sozusagen mein Privatsekretariat führen sollte oder nicht. Man müsste zumindest die Möglichkeit erhalten, diesen Punkt selbst zu entscheiden. Das Sozialamt gibt vor, uns bei der Integration zu unterstützen, beschränkt aber unseren Handlungsspielraum und desintegriert uns dadurch eher.

Welches Verbesserungspotenzial sehen Sie beim Begleiteten Wohnen?

Auch hier verlangen wir mehr Mitspracherecht. Kommt ein neuer Bewohner hinzu, stellt man uns vor vollendete Tatsachen. Einen demokratischen Weg, bei dem die Bewohner mitbestimmen können, wer bei ihnen einzieht und wer nicht, halte ich für viel sinnvoller. Auch einen Hausverein mit einer hausinternen Schlichtungsstelle könnte ich mir vorstellen, der beispielsweise bei Nachtruhestörungen, Problemen zwischen einzelnen Etagen oder innerhalb einer Etage, aber auch mit neuen Mietern eingreift. Wir werden heute viel zu stark von Fachleuten begleitet, dabei wäre die pädagogische Wirkung besser, wenn wir Probleme unter uns regeln müssten.

Wie möchten Sie bei der Arbeit mehr Autonomie erlangen?

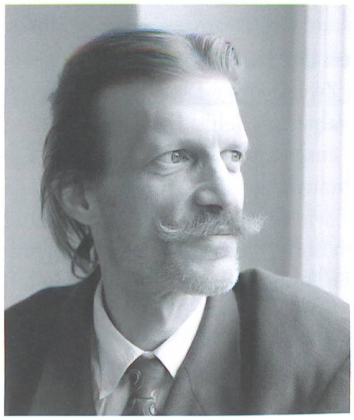
Ich bin davon überzeugt, dass sich Sozialhilfebezüger in der Rolle der Temporärarbeitsvermittler viel mehr Mühe geben würden als Sozialpädagogen. Bei Beschäftigungsprogrammen gibt es Sozialhilfebezüger, die eine Art Stellvertreterfunktion des Sozialpädagogen innehaben und den neuen Teilnehmenden zeigen, wie die Abläufe funktionieren. Diesen sollte unbedingt mehr Wertschätzung entgegengebracht werden.

Wie sieht es mit der Selbstverantwortung des Einzelnen aus?

Natürlich braucht es auch Engagement auf individueller Stufe. So wollte ich eine Arbeit nicht annehmen, weil sie mir zu stupid erschien: Man musste den ganzen Tag Hölzli spalten. Ich habe stattdessen via Nachbarschaftshilfe Arbeit gefunden: Ich begleite Heimkinder zu Arztterminen und Therapiestunden und hole sie anschliessend wieder ab. Dafür erhalte ich vom Sozialamt sechs Franken Integrationszulage pro Stunde. Das Hölzli- Spalten hätte gleich viel eingebracht, aber meine jetzige Arbeit ist wesentlich sinnvoller.

Aller Selbstverantwortung zum Trotz sind Sie seit zehn Jahren arbeitslos. Weshalb?

>



CHRISTOPH SCHULTHESS

Christoph Schulthess wurde am 29.6.1966 geboren. Nach dem Abschluss der Sekundarschule absolvierte er eine Lehre als Radio- und Fernsehverkäufer sowie ein kaufmännisches Zusatzjahr. Das berufsbegleitende Betriebsökonomiestudium brach er ab. Wegen Drogendelikten wurde er insgesamt dreimal zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. In dieser Zeit bildete er sich autodidaktisch im Strafprozess- und Vollzugsrecht weiter. Schulthess, dessen Vater Präsident des Landesrings der Unabhängigen des Kantons Zürich war, gründete 1991 die Liberalsoziale Partei Sektion Graubünden, im November 2009 die Liberalsoziale Partei Schweiz und die Sektion Zürich. Schulthess bezieht Sozialhilfe, ist kinderlos und lebt in Zürich im Rahmen des Begleiteten Wohnens.

«In der Sozialarbeit sind heute Spezialisten tätig, dabei braucht es für viele Probleme bloss den gesunden Menschenverstand.»

> Ich führe dies vor allem auf die Rezession zurück. Vor zehn Jahren jobbte ich als Elektromonteur bei Temporärfirmen. Weil ich morgens nicht immer pünktlich zur Arbeit erschien, erhielt ich keine Jobs mehr vermittelt. Beim letzten Büro wurde ich wegen meiner Vorstrafen nicht am Flughafen weiterbeschäftigt. Auch die Personenfreizügigkeit hat den sozial schwachen Schweizern geschadet, denn Ausländer, die zuverlässig sind, machen so ihr sprachliches Handicap wett. Die Anforderungen an die Arbeitnehmer sind gestiegen: Arbeitgeber wollen heute perfekte Mitarbeiter. Fehler, die früher geduldet wurden, werden nicht mehr akzeptiert, denn Ersatz gibt es genug. Aber auch Integrationsprogramme, die nicht auf mich zugeschnitten waren, haben nichts gebracht. Und nach Hunderten von schriftlichen Bewerbungen ohne Reaktion wurde ich erst mal zum Säufer.

Wie lautet Ihr Rezept, damit man gar nicht in die Sozialhilfe abrutscht?

Nicht aufgeben und hart mit sich selbst bleiben. Je länger man Sozialhilfe bezieht, desto schwieriger ist es, wieder raus zu kommen. Man braucht Biss.

Biss, den Sie selbst nicht haben?

Ich habe Fehler gemacht. Bei meiner ersten Stelle nach meinem Gefängnisaufenthalt ging mein Chef für zwei Wochen in die Ferien. Ich sollte zusätzlich zu meiner eigenen Arbeit nicht nur seine Stellvertretung, sondern auch noch die seines Vorgesetzten übernehmen, der gleichzeitig im Militärdienst weilte. Da ich selbst über drei Jahre keine Ferien gehabt hatte, wollte ich stattdessen ebenfalls eine Woche nehmen, zugesagt wurde mir nur ein Tag. Als ich dann feststellte, dass ich die Arbeit für drei Personen hätte machen sollen und auch meine Sekretärin fehlte, während anderswo im Unternehmen eine Geburtstagsfeier lief, bin ich davongelaufen. Damit habe ich letztlich nur mir selbst geschadet.

Welche weiteren Ziele haben Sie sich für die Partei gesteckt?

Die Sozialhilfe hat sich zu einer eigentlichen Industrie mit attraktiven Arbeitsverhältnissen entwickelt. Wer beim Sozialamt arbeitet, macht dies in Teilzeit, verdient gut und kann sich weiterbilden. Die Kosten steigen dadurch stetig an, wir Klienten haben dagegen immer weniger im Portemonnaie. Fazit: In der Sozialhilfe leben alle gut – ausser die Klienten.

Wie wollen Sie dies ändern?

Wir möchten das für die Sozialhilfe vorhandene Geld umverteilen und fordern eine Erhöhung des Grundbedarfs auf den Stand vor der Umsetzung der revidierten SKOS-Richtlinien. Dieser ist seither von 1100 Franken auf 960 Franken gesunken, zugleich verringerten sich die Zusatzverdienstmöglichkeiten. Als Folge kommen wir bloss noch auf ein Einkommen von 1200 Franken – vorher lag dieses noch bei 1500 Franken. Diese Umverteilung soll zulasten der ungefragten Zwangsbetreuung gehen. Es ist angesichts dieser Entwicklung und der Tatsache, dass wir kaum einen Teuerungsausgleich kennen, doch ungerecht, dass nun beim Begleiteten Wohnen auch noch neue Gebühren eingeführt werden sollen.

Wollen Sie auch bei der Arbeit des Sozialamts sparen?

Hier orte ich tatsächlich ein beträchtliches Sparpotenzial. In der Sozialarbeit sind heute Spezialisten tätig, dabei braucht es für viele Probleme bloss den gesunden Menschenverstand. Ausserdem wird für jedes Problem eine neue Stelle geschaffen. Das Case Management führt dazu, dass jeder Sozialhilfebezüger drei bis vier Betreuer hat. Besser wäre eine einzige Ansprechperson, die auch Sanktionen erteilen kann, wenn der Sozialhilfebezüger nicht kooperiert. Dabei bin ich für eine individuelle Betreuung. Aber die Tendenz sieht so aus, dass immer mehr Programme ins Leben gerufen werden, die nach einem bestimmten Schema ablaufen, was teils zu unnötigen Bemühungen führt. Wie Brecht schon sagte: Man sollte den Armen helfen, nicht den Armenhelfern.

Was erwarten Sie von der SKOS?

Die SKOS ist ein Zweckverband und kein Dachverband, da ihr ein Sozialpartner fehlt: Der Bezüger ist in dieser Partnerschaft ausgeschlossen. Für eine richtige Sozialpartnerschaft braucht es aber eine unabhängige Klientenorganisation, wie es sie bei Arbeitnehmern und Arbeitgebern gibt. Ich hoffe, dass die SKOS dies irgendwann einsieht und die Bildung solcher Gruppen unterstützt. ■

Das Gespräch führte
Karin Meier